

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 55, FEBRUAR 2026

Wenn Partizipation ausgrenzt: Einseitige Konfliktaustragung und Macht in Stadtentwicklungsprozessen

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

*Partizipation von Bürger*innen in der Stadtentwicklung ist grundsätzlich wichtig. Darauf können sich wohl die Meisten einigen. Schließlich sollten Bürger*innen mitreden können, wenn es um die Gestaltung „ihrer“ Stadt geht. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten zur Partizipation in einer Stadtgesellschaft nicht gleichmäßig verteilt. Manche Gruppen haben gute Zugänge, andere schlechtere. Und natürlich spielen Machtverhältnisse dabei eine wichtige Rolle.¹ Aber wie wirken diese Machtverhältnisse im Kontext von Stadtentwicklung genau? Inwiefern ist institutioneller Rassismus dabei von Bedeutung? Und was hat das mit Konflikten zu tun? Um diese Fragen geht es in der nächsten Streit&Struntz-Ausgabe, die am 23.02.2026 von 16:00 bis 17:00 Uhr stattfinden wird.*

Den Impulstext zur Ausgabe hat Dr. Mira Böing verfasst. Für ihre gerade veröffentlichte Dissertation hat sie Problemdiskurse in der Stadtentwicklung anhand der Konstruktion „Südosteuropäischer Zuwanderer“ untersucht. Während der Streit&Struntz-Ausgabe wird sie die Einblicke in ihr Dissertationsprojekt in einem kurzen Input vertiefen. Außerdem wird Shavu Nsenga, Konfliktberaterin bei Pro Peace, das Thema aus der Perspektive der Kommunalen Konfliktberatung kommentieren.

Die im folgenden dargestellte Szene entstammt dem Protokoll einer teilnehmenden Beobachtung eines durch den Verfügungsfonds geförderten sozialen Projekts in einem Stadtteil, der seit mehreren Jahren im Rahmen des Programms „Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt“² gefördert wird.³ Es handelt sich um ein offenes Angebot für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil, welches wöchentlich auf einem zentralen öffentlichen Platz stattfindet, der kurz zuvor durch Städtebaufördermittel saniert und aufgewertet wurde:

*“Als ich an diesem Tag an dem Freizeitcontainer auf dem Birkenplatz ankomme, begrüße ich die Projektmitarbeiterin Sophie, die als Einzige aus dem ehrenamtlichen Leiter*innenteam schon da ist. Ich schaue mich auf dem Platz um und sehe drei Kinder jeweils allein mit Müllzangen und Eimern in der Hand über den Platz laufen. Es stehen noch mehrere der Müllzangen, einige leere Eimer und eine große blaue Mülltüte vor dem Container. Einen Moment später kommen etwa weitere zehn Kinder auf den Container zugelaufen.*

Sophie geht zu den ausliegenden Zangen und Eimern und verteilt sie an die Kinder. Es findet keine verbale Kommunikation zwischen der Projektmitarbeiterin und den Kindern statt, keine für mich sichtbare Begrüßung. Auch ohne Worte scheint den Kindern klar zu sein, dass nun Müll gesammelt wird. Die Kinder gehen mit Eimern und Müllzangen los und Sophie und ich setzen uns auf eine Bank vor dem Container. Zwischendurch kommen Kinder zu uns und bringen ihre gefüllten Eimer zum Ausleeren. Sophie hält dann eine große blaue Mülltonne auf und die Kinder leeren den Eimer darin aus.“ (Beobachtungsprotokoll Projekt „Interkulturelles Freizeitangebot für Kinder“)

Beantragt und umgesetzt wird das hier beschriebene Projekt durch einen Verein aus dem Stadtteil, der sich seit mehreren Jahren in unterschiedlichen sozialen Kontexten im Stadtteil engagiert. Die hier als Sophie eingeführte Projektmitarbeiterin arbeitet freiwillig und ehrenamtlich in dem Projekt. Im Zentrum der beobachteten Projektpraxis steht das Müllsammeln. Der Ablauf erscheint dabei nicht erklärungs- oder begründungsbedürftig – alle Beteiligten scheinen zu wissen, was zu tun ist. Kommunikation zwischen Ehrenamtlerin und Kindern, die über das Austeilen der Utensilien zum Müllsammeln hinausgeht – eine Begrüßung, ein kurzer Austausch – findet nicht statt.

Die Praxis des Müllsammelns bleibt im beschriebenen Kontext unhinterfragt. Sie ist jedoch in einen Kontext eingebettet, der sogenannte Südosteuropäische Zuwanderer – gemeint sind „bulgarische und rumänische Newcomer*innen mit zugeschriebenem oder tatsächlichem Roma-Hintergrund“⁴ – als soziales Problem im Stadtteil adressiert. Die routinierte Praxis, die in der Sequenz beschrieben wird, verweist damit nicht auf eine neutrale pädagogische Praxis als

vielmehr auf eine asymmetrisch konstituierte lokale Konfliktaustragung zwischen mehrheitsgesellschaftlichen und als Südosteuropäische Zuwanderer adressierten Bewohner*innen aus dem Stadtteil. Das Müllsammeln ist also vor dem Hintergrund sozialer Zuschreibungen zu deuten, in denen Rom*nja nachgesagt wird, für ein Müllproblem im Stadtteil verantwortlich zu sein.

Die Sequenz ist Teil eines ethnografischen Forschungsprojektes, in dem über zehn

[1] Munsch, Chantal (2025): Zugangschancen zum freiwilligen Engagement in einer ungleichen Gesellschaft – Perspektiven des Vierten Engagementberichtes. In: Walter, Andrea/Haas, Benjamin/Kewes, Andreas/Mangold, Katharina/Schlicht, Julia (Hrsg.): Umbruch, Druck, Transformation? Gegenwart und Zukunft des Engagements. Baden-Baden: Nomos, S. 17-29.

[2] Das Programm Soziale Stadt/Sozialer Zusammenhalt bezieht neben städtebaulichen Aspekten auch Stadtteilarbeit ein, dies v. a. über die Einrichtung eines Quartiersmanagements sowie über partizipative Maßnahmen. Der Verfügungsfonds ist das zentrale Partizipationsinstrument des Programms. Mit ihm werden Städtebaufördermittel zur Verfügung gestellt, mit denen Bewohner*innen, Vereine, soziale Einrichtungen oder Gewerbetreibende aus dem Stadtteil eigene Projektideen umsetzen können.

[3] Der Beitrag basiert auf Ergebnissen der Dissertation der Autorin, die 2025 im Beltz Verlag unter dem Titel „Problemdiskurse der sozialen Stadtentwicklung – eine kritische Ethnografie zur Konstruktion »Südosteuropäische Zuwanderer« erschienen ist.

[4] Unabhängige Kommission Antiziganismus (2021): Perspektivwechsel. Nachholende Gerechtigkeit. Partizipation. Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Berlin: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Monate die Beteiligungspraxis des Verfügungsfonds in einem Stadtteil begleitet und untersucht wurde. Es zeigt, wie über Fördermittel sozialer Stadtentwicklung, die programmatisch das Ziel formuliert, „Zusammenhalt, Integration, Inklusion und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen“ zu stärken,⁵ stattdessen institutioneller Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung einer gesellschaftlich marginalisierten Gruppe (re-)produziert werden.⁶

Diejenigen, die an den Prozessen sozialer Stadtentwicklung partizipieren, sind die, die sich typischerweise und statistisch gesehen am häufigsten engagieren:⁷ Menschen ohne *Migrationshintergrund*, mit einem hohen Bildungsabschluss und der Mittelschicht angehörig. Konkret tauchen sie im untersuchten Stadtteil als *etablierte Engagierte*, als Fachkräfte aus dem Quartiersmanagement und als anonyme Beschwerdeführer*innen, die ihre Interessen an zentralen institutionellen Orten, z. B. beim Quartiersmanagement, artikulieren, auf. Sie alle (ko-)konstruieren eine Gruppe – *Südosteuropäische Zuwanderer* – als zentrales soziales Problem im Stadtteil, und dieses wird über Maßnahmen der sozialen Stadtentwicklung adressiert: Während wohnungs- und städtebauliche Maßnahmen auf die Anwerbung *weißer Mittelschichts-Angehöriger* („so'n Lehrerehepaar mit Kindern“, Zitat eines Quartiersmanagers) zielen, werden die Mittel des Verfügungsfonds für sozial ausgerichtete Projekte eingesetzt, die auf die Erziehung und Normierung der als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierten Bewohner*innen zielen, insbesondere im Kontext der Zuschreibung devianten Verhaltens von Kindern im öffentlichen Raum.

Südosteuropäische Zuwanderer werden in der Stadtentwicklungspraxis dabei nicht als Individuen mit eigenem Charakter und

eigener Geschichte betrachtet, als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder, deren Biografien zudem mutmaßlich von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen geprägt sind, sondern durchgängig defizitorientiert als Kollektiv adressiert. Als *Südosteuropäische Zuwanderer* adressierte Personen partizipieren dabei nicht – ihre Perspektiven finden keinen Eingang in die Problemaushandlung sozialer Stadtentwicklung. Zwar werden programmatisch *alle* Stadtteil-Bewohner*innen zur Partizipation am Verfügungsfonds aufgerufen („kann jeder kommen und sagen, ich möchte jetzt mal was machen“, Zitat einer Quartiersmanagerin). Über die rhetorische Gestaltung von Werbeflyern, die insbesondere eine Gruppe *alteingesessener Engagierter* adressieren, oder die explizite Bekanntmachung der Fördermittel auf einschlägigen Formaten für etablierte Engagierte, wie der Stadtteilkonferenz, bleiben als *Südosteuropäische Zuwanderer* bezeichnete Bewohner*innen jedoch letztendlich de-adressiert.

[5] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2023): Programmstrategie Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt. Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten. Berlin.

[6] Randjelović, Isidora (2019): Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. Vielfalt-Mediathek. <https://www.vielfalt-mediathek.de/material/rassismus-gegen-rom-nja-und-sinti-zze> (02.02.2026).

[7] Fritzsche, Anne/Leven, Ingo/Rysina, Anna/Schneekloth, Ulrich/Wolfert, Sabine (2025): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2024). Berlin: Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt.

Konkurrierende Deutungen im Problem- diskurs um Südosteuropäische Zuwanderer

Interviews, die im Anschluss an den Gewinn dieser Erkenntnisse mit rumänischen und bulgarischen Bewohner*innen aus dem untersuchten Stadtteil durchgeführt wurden, zeigen die Machtwirkung des Problemdiskurses auf die Adressat*innen: Die Befragten ringen um soziale Anerkennung, indem sie sich gemäß der an sie gerichteten Normen als besonders angepasst zeigen („Glaub‘ mir, ich kehre alle zwei Tage vorne an der Straße.“, Javor L.), oder indem sie sich von der kollektivierenden Ansprache distanzieren („Ich denke, das hängt am Charakter. Ja? Und nicht an welcher Stadt und welchem Land.“, Mariana D.). Sie bringen zudem konkurrierende Deutungen über das aus ihrer Sicht *gute* Leben im Stadtteil ein („Ich kann so sagen, wenn ich [in den Stadtteil] gezogen bin, das war für mich alles DUNKEL, weißt du? Da hat NIEMAND gewohnt in diese Häuser da unten und keine Kinder, da war GAR nichts los. [...] Aber danach, wenn diese rumänischen, egal von welchem Land, nach hierhin gezogen, das hast du gesehen auf die Straße, da lebt man, weißt du?“, Milos K.), oder setzen die Zuschreibungen in den Kontext sozialer Machtverhältnisse („Wir dürfen nicht woanders. Nicht, dass wir nicht dürfen, aber wir sind, ähm (...) diskriminiert und so.“, Gabriella S.). Gabriella S. beschreibt die Erfahrung, dass sich *ihre Gruppe* vermehrt auf einem öffentlichen Platz im Stadtteil aufhalte, weil sie an anderen Orten Diskriminierung erfahre – es handelt sich hierbei um den Platz, auf dem auch die Müllsammelpraxis im Verfügungsfonds-Projekt stattfindet. Der Aufenthalt Südosteuropäischer Zuwanderer auf diesem Platz, der diskursiv als gruppeneigene Abschottung („ballen“, Zitat eines Quartiersmanagers) abgewertet wird, beschreibt Gabriella S. hier als Reaktion auf

und Schutz vor Rassismus- und Ausgrenzungserfahrungen der Mehrheitsgesellschaft.

Machtreflexive und konfliktsensible Partizipation in der Stadtentwicklung

Auf Grundlage der vorangegangenen Darlegung wird argumentiert, dass Partizipation im untersuchten Stadtentwicklungsprozess als zentraler Austragungsort von sozialen Konflikten innerhalb von Quartieren fungiert, wobei diese asymmetrisch zugunsten der Mehrheitsgesellschaft ausgetragen werden. Konstitutives Merkmal des Konfliktes ist dabei, dass der Konflikt in der Stadtentwicklungspraxis gar nicht als solcher explizit gemacht wird. *Südosteuropäische Zuwanderung* wird vielmehr als scheinbar objektives soziales Problem konstruiert, z. B. indem ihm über sozialstatistische Bevölkerungskennzahlen ein messbarer Charakter verliehen wird. Die Problemgruppenkonstruktion zieht sich dabei durch die gesamte beobachtete organisationale Praxis: Von der Problemdefinition in der lokalen Förderprogrammatik über die Projektanträge im Verfügungsfonds bis in die konkrete Projektpraxis, in der die Zuschreibungen unmittelbar an die Adressat*innen herangetragen werden. Die zweite Konfliktpartei bleibt dabei von der institutionellen Konfliktaushandlung exkludiert – mit konkreten Folgen wie der Verdrängung aus dem Stadtteil und der (Re-)Produktion sozialer Diskreditierung und Ausgrenzung.

Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen Online-Diskussion am 23. Februar von 16 bis 17 Uhr möchten wir gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch kommen. Wir laden Sie und Euch herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail an streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de zum Online-Gespräch an. Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Kofinanziert von der Europäischen Union



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V

IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC: NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.
Breite Straße 34, 29410 Salzwedel

03901-3089136

streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de

www.k3b-saw.de